

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Donnerstags und Montags nur einmal. Der Preis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10.— M., im voraus zahlbar. Für Postbezugs nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Erstattung des Porto für Deutschland und Österreich 18.— M., für das übrige Ausland 24,50 M., zuzüglich Porto. Abbestellung, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 50b.

Die schlagfertigen Kopierbestellen oder deren Raum kostet 5.— M. einschließlich Steuerzuschlag. Kleine Anzeigen: Das fertige Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Steuerzuschlag. Verkaufte Anzeigen laut Tarif. Werbefreie Familien-Anzeigen und Stellen-Angebote 3,50 M. netto pro Zeile. Stellen-Angebote in Wort-Anzeigen: das fertige Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Fernsprecher: Zentrum 15230-15239

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Neue Konferenz der Alliierten Unter Ausschluß Deutschlands?

Im englischen Unterhaus hat Lloyd George bereits auf die Notwendigkeit einer neuen Konferenz der Alliierten hingewiesen, die sich mit der Durchführung des Versailleser Vertrages zu beschäftigen haben werde. Ueber diese Konferenz wird gemeldet, daß sie wahrscheinlich in Paris stattfinden wird. An irgendwelche Verhandlungen mit den Vertretern Deutschlands denkt in Paris niemand mehr. Bertinot erklärt im „Echo de Paris“ ausdrücklich, daß der Zeitpunkt für Verhandlungen vorüber sei. Welche Projekte auch Deutschland vorlegen könnte, das eine Sache fest, daß Deutschland am 1. Mai seine Verpflichtung nicht erfüllt und namentlich die zwölf Milliarden Goldmark nicht bezahlt haben werde. Damit sei der Beweis erbracht, daß Deutschland seine Unterschrift unter den Friedensvertrag nicht anerkennen wolle, und somit Frankreich das Recht habe, seine Garantien im Ruhrgebiet zu nehmen. Die deutsche Regierung sei nicht mehr in der Lage, in voller Freiheit Beschlüsse zu fassen, weshalb die Alliierten zu Taten übergehen müßten. Diese werden, wie nunmehr feststeht, in der Besetzung des Ruhrgebietes bestehen. Das Blatt erklärt noch, daß an eine Blockade des Hamburger Hafens durch die Alliierten einstweilen nicht gedacht werde.

Die Zusammenkunft in Sythe

Briland wird am Sonnabend morgen Paris verlassen, um sich nach Sythe zu begeben. In seiner Begleitung werden sich der Generaldirektor im Ministerium für auswärtige Angelegenheiten, Serhelot, und die Generale Foch und Beggand befinden. Von englischer Seite werden außer Lloyd George, General Wilson, Austin Chamberlain und Lord Curzon an den Besprechungen teilnehmen. Am Montag werden Briland und seine Begleiter den englischen Boden wieder verlassen.

Frankreichs Wille

London, 20. April.

Seinerseits erfährt von französischer Seite, Frankreich werde die Besetzung des Ruhrgebietes nur vornehmen, wenn Deutschland seinen Verpflichtungen nicht nachkomme. Wenn die deutschen Arbeiter nach der Besetzung die Arbeit niederlegen sollten, würde Deutschland keine Kohlen erhalten, da das einzige außer Oberlothringen Deutschlands zur Versorgung stehende Kohlengebiet, das sächsische, sehr wenig fördere. Dadurch werde Deutschland von einer allgemeinen Vertriebsstellung bedroht und nach Ansicht der Franzosen gezwungen werden, seinen Vertragsverpflichtungen nachzukommen. Frankreich könne die militärische Besetzung des Ruhrgebietes allein durchführen und werde wahrscheinlich zu diesem Zweck nur eine Jahreslast einberufen müssen. Frankreich lenke keineswegs an eine Annexion weder des Ruhrgebietes, noch des linken Rheinflusses. Der Zweck sei einfach der, Deutschland zum Zahlen zu bringen.

„Daily Chronicle“ schreibt in einem „Voll Harmonie“ zwischen den Alliierten“ überschriebenen Artikel. An der Besetzung des Ruhrgebietes würden englische Kruppen nicht teilnehmen, da keine Verfügung seien. Der Plan habe viel für sich, er versehe die Alliierten in die Lage, Deutschland gegenüber zu sagen: Keine Reparationen — keine Kohlen, bezahlt eure Schulden, entlastet eure Soldaten, befreit eure Kriegsverdreher, dann bekommt ihr freien Brennstoff. Das einzige andere wichtige Kohlengebiet Deutschlands liege in Oberschlesien und dies Kohlengebiet werde wahrscheinlich bald den Polen zugewiesen werden. Ansehlich der durch die Abkündigung erwiesenen großen polnischen Mehrheit unter den anhängigen Einwohnern (!!) Deutschland könne in infolge dessen kaum lange seinen Verpflichtungen entziehen.

EE. Paris, 2. April.

Die französische Presse ist überzeugt, daß von englischer Seite keinerlei Schwierigkeiten bei den Besetzungsaktionen gemacht werden dürften, bis auf einige Bedenken, die englischerseits obwalten und die von Briland leicht zerstreut werden könnten. Der „Gaulois“ betont allerdings, daß Frankreich, falls England nicht an seiner Seite stehen sollte, die Unternehmungen allein durchführen werde, selbst ohne eine Mandat hierfür von den Alliierten erhalten zu haben. Frankreich verpflanze der schlechte Wille Deutschlands, sich an erster Stelle sein Recht zu verschaffen. Die französische Regierung glaubt, daß dies auf keine andere Weise geschehen könne, als wenn der militärische Vormarsch angetrieben werde. Von den deutschen Vorschlägen erwarte man gar nichts und man glaubt, daß sie sich unter den Grenzen des Mindestmaßes dessen, was Frankreich beanspruchen müsse, halten dürften.

Man rechnet hier damit, daß die Besetzung des Ruhrgebietes den Sturz des Kabinetts Feherbach — Simons zur Folge haben werde, und daß neue Männer in Deutschland an die Macht kommen würden, mit denen man dann weiter verhandeln könne.

Dem „Populaire“ wird aus London gemeldet, daß man von dem neuen militärischen Abenteuer nichts weniger denn erwartet.

Man ist sich klar darüber, daß eine Besetzung des Ruhrgebietes durch Frankreich dieses von der englische Kohle noch unabhängiger machen würde, als dies jetzt schon der Fall sei, und daß die ganzen Kosten dieser Besetzung eigentlich England werde tragen müssen, dessen Kohlenausfuhr immer mehr abnehme und Gefahr laufe, seinen französischen Abnehmer ganz zu verlieren. Allerdings werden in dieser Frage die Wünsche der englischen Arbeiterschaft ebensowenig Berücksichtigung finden wie die der französischen Arbeiterschaft.

Der „Matin“ ist überzeugt, daß von seiten der Alliierten keinerlei Schwierigkeiten erhoben werden, und man dürfe heute mit Sicherheit darauf rechnen, daß Frankreich sich durch nichts abhalten lassen werde, die Besetzung durchzuführen. Wie lange diese dauern soll, darüber gehen die Meinungen auseinander, man nimmt aber an, daß drei Monate Besetzung genügen würden, um Deutschland in die Knie zu zwingen.

Der englische Bergarbeiterstreik

Notenaustausch zwischen Arbeitern und Unternehmern

Die vorliegenden Meldungen erwecken den Eindruck, als würden von beiden Seiten, von den Arbeitern wie von den Grubenbesitzern, die Fühler ausgestreckt, um die neue Situation nach Verhandlungsmöglichkeiten abzutasten. Der Bergarbeiterverband hat einen Bericht verfaßt, worin die Forderungen zu einer Formulierung ihrer Angebote ausgesprochen werden. Es wird aber betont, daß die Bergarbeiter ein Angebot nur dann ernst nehmen könnten, wenn die Unternehmer zugestehen, daß die reicheren Bergwerke die weniger produktiven unterstützen, und daß dieses deutlich gesagt werden müsse. Das zeigt, daß die Bergarbeiter an ihrer Forderung nach Zusammenschüttung der Gewinne und zentralistischer Regulierung der Löhne für das ganze Reich festhalten, und daß sie ferner auch jetzt noch keine Neigung haben, sich durch unverbindliche und in unklarer Form gegebene Angebote zu Verhandlungen verlocken zu lassen. Es ist nicht unmöglich, daß diese feste Haltung der Bergarbeiter ein Anzeichen dafür ist, daß innerhalb des Dreibundes neue Beratungen stattgefunden haben, denn es liegen auch andere Anzeichen dafür vor, daß die Dreibundgewerkschaften nicht gewillt sind, den Dreibund durch die letzten Vorgänge zerstoren zu lassen. Das würde bedeuten, daß die Bergarbeiter auch ferner mit der Unterstützung des Dreibundes in irgendeiner Art, wenn auch niemals durch den Generalstreik, rechnen können.

Die Grubenbesitzer haben ihre Geneigtheit zur Aufnahme neuer Verhandlungen bekanntgegeben, wenn diese Verhandlungen auf Grund folgender Vorschläge geführt werden: Einsetzung eines Nationalrates zur Festsetzung der Löhne, Durchführung eines allgemeinen Grundsatzes bei der Lohnfestsetzung für jeden Bergwerksbezirk, wobei die Ergebnisse der einzelnen Distrikte als Grundlage angenommen werden sollen. Die Grubenbesitzer halten also an der distriktweisen Regelung der Lohnsätze fest. Ihre Vorschläge entsprechen somit nicht den Forderungen der Bergarbeiter, so daß keine Aussichten bestehen, daß es auf Grund dieses Meinungs-austausches schon zu Verhandlungen kommt. Die Grubenbesitzer schlagen ferner die Festsetzung eines Minimallohnes und die Zahlung von Lohnzuschüssen in den Bezirken mit abnormen Verhältnissen vor. Sie sichern den Bergarbeitern zu, daß alle Bezirke die Absicht haben, die höchstmöglichen Löhne zu zahlen. Eine Konferenz soll über die Löhne der am schlechtesten bezahlten Bergarbeiter beraten, und die Frage der an die Arbeiter auszahlenden Gewinnanteile soll endgültig geregelt werden. Die Buchführung der Bergwerke soll von Sachverständigen geprüft werden, die das Vertrauen der beiden Parteien besitzen.

Diese letzten Bedingungen bedeuten kleine Konzessionen der Bergwerksbesitzer an die Forderung der Bergarbeiter nach einem Lohnausgleich über das ganze Reich, aber sie zeigen in ihrer Formulierung weder die von den organisierten Bergarbeitern gewünschte Klarheit, noch gehen sie weit genug, um das von den Grubenbesitzern ausreicht erhaltene Prinzip der distriktweisen Regelung zu durchbrechen und unwirksam zu machen. Auch sie dürften also nicht genügen, um den Boden für Verhandlungen vorzubereiten.

Die nationale Konferenz der Bergarbeiter hat noch nicht gesprochen. Aber eine am Dienstag abend vom Bergarbeiterverband erlassene Erklärung besagt, die Antwort der Bergwerksbesitzer gebe keine Veranlassung zu irgendeiner Hoffnung, daß die Verhandlungen demnächst wieder aufgenommen werden.

II. London, 20. April.

Lloyd George hat am 18. April im Unterhaus die Erklärung abgegeben, daß die Möglichkeit einer Regierungsunterstützung für die Lohnausgleichung nicht ausgeschlossen ist, wenn dadurch eine Verantwortung der Regierung für die Bergwerksbezirke und Bergwerksbetriebe auf unbestimmte Zeit nicht in Frage kommt. Man erwartet, daß sich durch diese Maßnahme die Aussichten für eine Regelung der Krise verbessern werden. (Was uns nach dem obigen sehr fraglich erscheint.)

Planvolle Bauwirtschaft

Von gutunterrichteter Seite wird uns geschrieben: Dem Wohnungswesen ist innerhalb der gesamten Volkswirtschaft eine besondere Stellung einzuräumen, da es ein langfristiges Allgemeinut ist, von dem erhebliche Vorratsmengen — etwa 15 Millionen Wohnungen — vorhanden sind, die ständig einer guten Erhaltung bedürfen. Die Problemstellung muß also lauten: Bedarfswirtschaft und Vorratswirtschaft. Diese beiden Faktoren sind unter Berücksichtigung der besonderen Tatsache, daß Deutschland auf diesem Gebiet vom Ausland unabhängig ist, also zugleich Konsumment und unbefehlter Produzent sein kann, gegeneinander abzustellen. Eine Bedarfswirtschaft ohne die Grundlage der Vorratswirtschaft ist ein Unding. Den bestehenden 15 Millionen Wohnungen stehen an Bedarf in den nächsten 10 Jahren, außerordentlich hoch gerechnet, 2 Millionen neuer Wohnungen gegenüber. Es ist klar, daß es nicht angängig ist, die geringe Anzahl neuer Wohnungen für die wirtschaftliche Behandlung des großen vorhandenen Wohnungsbestandes in überwiegender Maße ausschlaggebend wirken zu lassen. Eine Ausgleichung in der anderen Richtung muß erstrebt werden.

Diese verhältnismäßig günstige Stellung des Wohnungswesens, die weder für den Verkehr, noch für Kleidung, Ernährung oder ein anderes wichtiges Wirtschaftsgebiet zutrifft, verlangt aber auch, daß man die Konsequenz daraus zieht, um erstens dem Wohnungswesen selbst, zweitens aber auch der gesamten Wirtschaft zu nützen. Es sei notwendig, die Wirtschaft wieder von der Stelle neu anzutreiben, welche die meiste Möglichkeit auf Erfolg bietet, weil die ihr innewohnenden Kräfte noch am unverbrauchtesten und unabhängigsten von der Weltwirtschaft sind. Ein solcher planvoller Aufbau kann und darf sich nicht in den bisherigen losen Formen vollziehen. Die Erhaltung und Auswertung des bestehenden Hausbestandes muß zum Tragglied der Neubautätigkeit werden. Dies ist aber nur möglich, wenn eine grundlegende Sanierung des bestehenden Hausbestandes im Interesse der Allgemeinheit einsetzt. Mietssteigerungen sind in Zukunft nicht zu vermeiden. Damit müssen sich auch diejenigen abfinden, die sich bisher gegen diese Erkenntnis gekräftigt haben. Eine jede Mietssteigerung darf aber in Zukunft nur in dem unbedingt erforderlichen Ausmaß bezügl. der Höhe und der Zeit stattfinden, um auf der einen Seite dem Interesse der Allgemeinheit nutzbar gemacht zu werden, auf der anderen Seite schwere Schädigungen des Wirtschaftslebens durch etwa übermäßige und schnell notwendig werdende Gehalts- und Lohnsteigerungen zu vermeiden.

Mit zwingender Logik ergibt sich die Notwendigkeit einer planvollen Gemeinwirtschaft im Bau- und Wohnungswesen. Die Erfassung der durch die Steigerung der Mieten freierwerdenden produktiven Geldwerte muß restlos eintreten können. Dies ist aber als eine für die Neubautätigkeit fruchtbringende Geldquelle nur durch eine gezielte Verankerung im Rahmen der sich selbst verwaltenden Gemeinwirtschaft möglich. Nachdem man einmal dazu gekommen ist, die Mieten in den alten und in den Häusern im Verhältnis zur übrigen Geldwertwertung niedrig zu halten, müssen in systematischer Form die dort noch vorhandenen Möglichkeiten sowohl für die Belegung des Bau-marktes, wie für die Auswertung des bestehenden Hausbestandes als Grundlage einer Neubautätigkeit genutzt werden.

Die Problemstellung darf nicht mehr lauten: Niedrighaltung der Mieten und Behebung der Wohnungsnot durch ungezügelter Privatwirtschaft. Es muß vielmehr heißen: Neugestaltung des alten Hausbestandes als tragfähige Grundlage einer Finanzwirtschaft im Hauswesen. Eine selbst nur bis zu einem gewissen Grade freie Mietssteigerung bedeutet die Möglichkeit, neue Kapitalien im alten Hausbesitz zu investieren, also bei dem außerordentlich herrschenden allgemeinen Kapitalmangel der Volkswirtschaft Summen zu entziehen, die in bestehendem Besitz unproduktiv angelegt werden könnten. Diesen falschen Weg sieht das geplante Reichsmietengesetz vor. Es handelt sich darum, jede, auch die geringste Differenzialrente, die für den Eigentümer eines Hauses entstehen könnte, in ihrem Keim bereits zu verhindern, um eine Anhäufung von Kapital in einzelnen Händen und an falscher Stelle unmöglich zu machen. Wenn heute für das Wohnungswesen Kapitalaufwendungen notwendig werden, darf es nur für die Neubautätigkeit sein. Jede neue Belastung, d. h. weitere Verschuldung des alten Hausbestandes bedeutet eine Beeinträchtigung der Neubautätigkeit und eine Verlängerung der Wohnungsnot.

Die organisierte Grundlage für diese produktive und planvolle Verknüpfung der Neubautätigkeit mit dem vorhandenen Wohnungsbestand, oder das Bedarfs- mit dem Vorratsproblem hat folgerichtig zu erfolgen durch einen Selbstverwaltungskörper unter dem bestimmenden Einfluß der Konsumenten, der Mieter und der Wohnungssuchenden, also des zukünftigen Mieters. Alle werteschaffenden Aufgaben, alle Angelegenheiten der den einzelnen unmittelbar betreffenden Verwaltungsmassnahmen, sind innerhalb dieses Selbstverwaltungskörpers zu erledigen. Insbesondere fällt dem Reich, den Ländern und den Gemeinden die Aufbringung der erforderlichen Neubaugelder auf dem Umwege über die Steuererhebung nicht mehr zur Last. Im Gegenteil wird eine wesentliche Entlastung des öffentlichen Etats von Beamten-

gehältern eintreten, die in erheblicher Zahl auf den Selbstverwaltungskörper übergehen müßten. Dem Reich verbleibt grundsätzlich Legislative und Aufsicht.

Ganz abgesehen von diesen grundsätzlichen Erwägungen besteht zunächst die geringste Hoffnung dafür, daß die bisher aufgewendeten Zuschüsse nicht in privatkapitalistische Kanäle abfließen. Es läßt sich vielmehr im einzelnen der Nachweis erbringen, daß tatsächlich erhebliche unbedeutende Gewinne einzelnen Personen und Kreisen des ausführenden Baugewerbes zugeflossen sind. Aber darüber hinaus hatten bei der Art der Gewährung der Zuschüsse auch die Bauherren, denen öffentliche Zuschüsse gegeben wurden, kein unbedingtes Interesse daran, wirklich sparsam zu verfahren, da sie immer mit Nachbewilligungen von Reich und Staat rechnen konnten. Da die Deckung des Geldbedarfs und die Geldaufbringung unmittelbar auf den Bedarf eingestellt werden kann, ohne auf dem Umwege über die Steuererhebung beeinträchtigt zu werden, muß auf sachgemäße Verwendung ohne bürokratische Hemmungen durch unfähige Beamte und spekulative Unternehmern entscheidendes Gewicht gelegt werden. Nur in dieser Verknüpfung des Vortrags mit dem Bedarfsproblem und Einstellung dieser Einheit unter Berücksichtigung der Geldbeschaffung für die Neubautätigkeit auf der Grundlage der Auswertung des bestehenden Hausbestandes, kann eine Behebung der Wohnungsnot in planmäßiger Form gefunden werden.

Die preußische Regierungsbildung

„Berliner Tageblatt“ und „Vorwärts“ berichten übereinstimmend, daß das Kabinett Steinerwald heute noch fertig werden soll. Seit Dienstag abend wird die Niederkunft erwartet. Bis Mittwoch mittag ist das erwartete Ereignis jedoch noch nicht eingetreten. Es scheinen also neue Schwierigkeiten entstanden zu sein, was nicht überraschen kann, denn die außerordentliche Geschäftlichkeit der beteiligten Parteien hat es fertig gebracht, die politischen Fäden so zu verwickeln, daß eine Entwirrung so schnell nicht möglich erscheint. Es handelt sich bei dem erwarteten Kabinett um die Minderheitsregierung, die das Zentrum mit den Demokraten bilden will, also um eine Regierung, die nur eine Regierung gegen die Arbeiterschaft sein kann.

Der außerordentliche Staatsanwalt

Das Treiben der Sondergerichte

Was wir voraussehen haben, ist eingetroffen. Weil wir auf Wunsch der Redaktion der „Roten Fahne“ in unserer gestrigen Abendausgabe die Verhaftung von Brandler und Sievers mitgeteilt haben, pöbelte uns die „Rote Fahne“ heute an. Wir würden auf diese Anreizung näher eingehen, wenn sie nicht so komisch wäre. Man vernehme: die „Rote Fahne“ wirft uns — Mangel an journalistischem Anstand vor.

Wir wollen uns dennoch der Gefahr einer neuen Inpöbelung aussetzen, indem wir wiederum gegen die Verhaftung der kommunistischen Parteivorstandsmitglieder protestieren. Die Aktion des Staatsanwalts beim Außerordentlichen Gericht steigert sich ansehnlich.

Wolffs Telegraphen-Bureau verbreitet nämlich folgende Meldung:

Wie bereits gemeldet, sind gestern Brandler, der erste Vorsitzende der R. A. P. D., und 9 seiner Genossen verhaftet worden, weil sie als Mitglieder des Zentralkomitees der R. A. P. D., der R. A. P. D. und der Allgemeinen Arbeiter-Union, verächtlich sind, es unternommen zu haben, die Verfassung des Deutschen Reiches gewaltsam zu ändern und zur Ausführung hochverräterischer Handlungen aufgefordert zu haben.

In ihrem übrigen Teil heft die Meldung des offiziellen Bureaus in der unverhämtesten Weise gegen Brandler, weil er Ausländer ist. Es wird festgestellt, daß seine Wiege in Wernsdorf in Böhmen gestanden hat. Daher werde nach Erledigung des gerichtlichen Verfahrens die Ver-

liner Polizeibehörde sehr wahrscheinlich die Ausweisung dieses „lästigen Ausländers“ veranlassen. Während eingesehene Bürger, heißt es weiter, sich monatelang um eine Unterkunft bemühen müssen, sei es Brandler „mit Hilfe seiner Freunde“ (wer sind und wo sitzen diese Freunde?) gelungen, im Hause Kniprodstraße 113 eine eigene Wohnung zu beziehen, wo Tag und Nacht ein so reger Verkehr, besonders mit Russen“, herrschte, daß die Nachtruhe der Anwohner gestört wurde. Brandler war besonders den Russen warm empfohlen worden, da er nach russischem Muster mit verzeuften Mitteln arbeitete“, schließt die Meldung.

Auf diese Art wird ein Urteil über einen Verhafteten gesprochen, ohne daß ein Verhör oder eine Verhandlung stattgefunden hätte und ihr Ergebnis bekannt geworden wäre. Das ist in der Tat eine außerordentliche Gerichtsbarkeit.

Aber wer sind die neun mit Brandler verhafteten Kommunisten? Es ist ein unerträgliches Zustand, daß der Herr Staatsanwalt beim Außerordentlichen Gericht Personen einfach von der Bildfläche verschwinden lassen kann, ohne die Öffentlichkeit auch nur über ihre Namen zu unterrichten. Eine Mittagszeitung nennt außer Brandler und Sievers nur die Namen Bläser, Ruz, Klein, Lämmerzahl und Köppen, ohne indes die Quelle ihrer Kenntnisse anzugeben, so daß eine Gewähr für die Richtigkeit dieser privaten Meldung nicht gegeben ist. Die sicher von dem wirklich außerordentlichen Staatsanwalt inspirierte Meldung des offiziellen Bureaus aber verschweigt die Namen. Der Staatsanwalt zieht es vor, ganz allgemein gegen unbekannte Personen in der widerlichsten Weise zu heken, indem er sie als Ausländer bezeichnet und dem ruhigen Bürger als nächtliche Ruhestörer denunziert.

Wir stellen die Frage: Was hat ein Außerordentliches Gericht in Berlin zu tun, in einer Stadt, die von den jüngsten Unruhen völlig unberührt geblieben ist. Müßten wir schon die Außerordentlichen Gerichte für das eigentliche Aufstandsgebiet ablenken, so wird die Einsetzung eines Außerordentlichen Gerichts in Berlin zu einer Provokation der Arbeiterschaft. Ähnlich verhält es sich z. B. mit der Einsetzung eines Außerordentlichen Gerichts in Breslau, wogegen, wie wir an anderer Stelle berichten, auch die dortigen Rechtssozialisten Einspruch erhoben. Auch Thalheimer soll gestern verhaftet, aber wieder auf freiem Fuß gesetzt worden sein. Dieser Unfug, der die öffentliche Sicherheit in Berlin in stärkerem Maße beeinträchtigt, als das Treiben der Kommunisten selbst es hier vermochte, muß wirklich aufhören.

Das Bekenntnis zur Republik — in Oesterreich

Im Oesterreichischen Landtag brachten, nach einer Wolffmeldung, die Sozialdemokraten einen Dringlichkeitsantrag betreffend Maßnahmen zum Schutze der republikanischen Verfassung gegen hochverräterische Anschläge ein.

Der sozialdemokratische Landeshaupmann, Stellvertreter Gruber begründete den Antrag mit der jüngsten Reise des Erzherzogs nach Ungarn und den monarchistischen Umtrieben in Oesterreich und betonte die Notwendigkeit, daß der Landtag unambiguos festsetze, daß Oesterreich republikanisch und entschlossen sei, jeden Eingriff eines Habsburgers abzuwehren.

Die Sprecher der Christlichsozialen Partei und der Großdeutschen Volkspartei erklärten, ihre Parteien ständen auf dem Standpunkt der demokratischen Republik und lehnten jeden Umsturz ab, ob er von links oder rechts komme. Der großdeutsche Redner betonte, seine Partei müßte die Wiederkehr der Habsburger unter allen Umständen auch deshalb ablehnen, weil ihr oberstes Prinzip der Anschluß an Deutschland sei, den die Wiederkehr der Habsburger zunächst machen würde.

Der Dringlichkeitsantrag wurde sodann unter demonstراتivem Beifall und Hochrufen auf die Republik seitens der Sozialdemokraten und Großdeutschen von allen Parteien einstimmig angenommen.

Zur selben Zeit hat man in der deutschen Republik dem Monarchismus in der unerschütterlichsten Form geschuldigt. Wo bleiben

in Deutschland die gesetzlichen Maßnahmen gegen eine Rückkehr der Hohenzollern, wo das uneingeschränkte Votum der bürgerlichen Parteien zur Republik? In dem heutigen Deutschland, der „Republik ohne Republikaner“, ist es doch möglich, daß eine offene monarchistische Partei, wie die Deutsche Volkspartei, am stärksten in der Regierung der Republik vertreten ist. Und diese deutsche Republik schämt sich ihres Namens, da sie in der Verfassung die Bezeichnung „Deutsches Reich“ statt „Deutsche Republik“ festlegte. Eine schöne Republik, fürwahr!

Gegen Sondergerichte und Todesurteile

Rechtssozialistische Entschlieung

Die Vertrauensleute der rechtssozialistischen Partei in Breslau billigten in einer Entschlieung die Ablehnung jeder Form eines Zusammengehens mit der Deutschen Volkspartei in der preussischen Regierung. Eine zweite Entschlieung der Vertrauensleute verlangt, daß auch die sozialistische Reichstagsfraktion Schritte gegen den Ausnahmeharakter der Sondergerichte unternehme und wendet sich besonders gegen die Einsetzung eines Sondergerichts in Breslau. Schließlich wird der Reichspräsident aufgefordert, den Todesurteilen grundsätzlich die Befähigung zu verweigern.

Wir warten ab, ob der anerkannter Weise bei den genannten Stellen Beachtung finden wird. Bezeichnend für den Charakter der Fraktion wie des sozialistischen Reichspräsidenten ist es, daß ihnen die Anregung zu diesen Selbstverständlichkeiten erst von den Parteiorganisationen im Lande gegeben werden muß.

Die Abfindung der Hohenzollern

Da durch die Klage des Prinzen Friedrich Leopold auf Anerkennung der Herrschaften Platon und Krojan als sein Privateigentum der Vergleich mit den Hohenzollern über die Vermögensauseinandersetzung vom Januar 1920 verfehlt wird, hat das preussische Finanzministerium dem preussischen Kabinett den Antrag auf Aufhebung des Vergleiches unterbreitet.

Der Antrag wird allerdings erst von dem neuen, noch immer in der letzten Schöpfungsumgebung preussischen Kabinett beraten werden.

Die Goldforderung der Wiedergutmachungskommission

Eine Erklärung des Reichsbankpräsidenten

Einem Vertreter des „Berliner Tageblattes“ äußerte sich der Reichsbankpräsident Havenstein über die Forderung der Entente betreffend Auslieferung des Goldbestandes. Er erklärte: „Bisher habe ich noch keine offizielle Mitteilung über die neue Ententeforderung erhalten. Ich persönlich halte jedoch die Forderung nach Auslieferung unseres Goldbestandes für eine völlige Unmöglichkeit, und ihre Erfüllung für völlig ausgeschlossen. Sie würde die Vernichtung unserer Wälua und unserer Wirtschaft zur Folge haben. Doch man darf wohl als ziemlich sicher annehmen, daß die Reichsregierung diese Forderung unbedingt ablehnen wird.“

Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus London: „Mahngebende Bankkreise beurteilen aufs schärfste das französische Gebahren der Auslieferung des Goldes nach der deutschen Reichsbank gebilligtes Goldschätze von 1.1 Milliarde Mark, und zwar aus rechtlichen und wirtschaftlichen Gründen. Auch die politischen Folgen würden unübersehbar sein. Viele befürchten von einer solchen Maßnahme mit Recht, den allgemeinen Zusammenbruch, nicht nur etwa den Deutschlands. An der Verfehlung man die Maßnahme für ausgeschlossen. Sie blieb in der Tabuzone fest.“

Die Auslieferung der Goldschätze für das neue Zollgebiet. Nach einer Anordnung des Zollkomitees der Internationalen Rheinlandkommission muß ab 20. 4. 21 den Frachtbriefen die Zolltarifung beigefügt werden, die vollständig sein und alle Einzelheiten, ferner eine Beschreibung der Waren und ihre genaue Einordnung gemäß dem deutschen Zolltarif enthalten muß.

Die Wiedergenesung Europas

Von Charles A. und Dorothy J. Bugton

Das Ehepaar Bugton, das politisch zur englischen Unabhängigen Arbeiterpartei gehört, hat Europa bereist und gibt in einem Buche „Die Welt nach dem Weltkrieg“, das dieser Tage (im Verlag von C. H. Schöningh & Sohn, Berlin W 30, überlegt von Dr. Rudolf Bergert) erscheint, seine Eindrücke wieder. In 26 kurzen Kapiteln schildern die Bugtons, was die kapitalistische Krieges- und Reichenspolitik politisch, wirtschaftlich, moralisch und materiell aus dem armen Europa gemacht hat, besonders erregend und ausführlich die wirtschaftlichen Wirkungen der Blockade. In den Schlußkapiteln sammeln die Bugtons die Zeichen der Wiedergenesung, die sie gefunden haben. Daraus geben wir den folgenden Auschnitt, etwas verkürzt, wieder.

Was wir über die Zeichen der Wiedergenesung zu sagen haben, muß notwendigerweise Unbedeutend erscheinen gegenüber den feststehenden Tatsachen, unter denen wir besonders leiden: nämlich dem Zusammenbrüche ungeheurer Reiche, der Verschiebung der Machtverhältnisse, den vulkanartigen sozialen Erhebungen. Die Stimme der Hoffnung nimmt sich nach dem rollenden Erdbeben und dem vernichtenden Feuer sonderbar dünn und dürftig aus.

Gleichwohl dürfen diese neuen Kräfte nicht übersehen werden. Die Bemühungen vieler Menschen der amtlichen Welt trotzten dem Drucke oder der Untätigkeit ihrer Vorgesetzten, um wenigstens die aller schlimmsten Seiten der Politik der Alliierten, wenn auch zunächst nur ein wenig, zu mildern; die Zugeständnisse, die die Staatsmänner hier und da an die volkstümlichen Ideen der Humanität oder der Demokratie machen mußten, die Werke der Wiedergutmachung und des Wiederaufbaus, die alle beginnen, und an denen Freunde, Feinde und Neutrale gemeinsam mitarbeiten, die beharrliche Arbeit solcher Körperschaften wie das Comité pour le Rétablissement des Relations Internationales (der Ausschuss für Wiederaufnahme internationaler Beziehungen) in Frankreich, die Union of Democratic Control in England und der Bund Neues Vaterland in Deutschland, all das sind Samenfrüchte, aus denen vielleicht einmal Wiedergenesung und Wiederverständigung hervorgehen werden. Sie weisen auf eine Möglichkeit hin, daß sogar innerhalb der Schranken des politischen Systems auch schon in dem gegenwärtigen Wirrwarr und Elend einige Verbesserungen zustande kommen können. Der Mechanismus des Völkerbundes läßt sich sehr gut dazu benutzen, die Friedensverträge zu revidieren. Die allzu groben unter den bisherigen wirtschaftlichen und finanziellen Vorkehrungen können, nachdem sie für das Streben einer wahrnehmbaren Erfüllung der Verpflichtungen der Staatsmänner ihre guten Dienste verrichtet haben, ruhig wieder entweder ganz ab-

geschafft oder zum mindestens bedeutend gemildert werden. Unter dem Drucke wirtschaftlicher Not mag sich wohl vielleicht einmal ein vollstimmiges Verlangen für die Beseitigung unnaher Lasten so wohl auf dem Gebiete der Zölle und Handelsbeschränkungen wie auch auf dem der Rüstungen erheben. Die Politik der Abrüstung kann sich in Großbritannien und Amerika auf Volksüberlieferungen und Volkstriebe berufen. Die Profitmacherei in der Rüstungsindustrie und die schamlose Unterwerfung der sogenannten Vaterlandsliebe unter die in dieser mächtigsten aller Industrien übliche Geldmacherei schaffen ein reiches Material für den antimilitaristischen Felszug, für den schon mancherlei bedrohliche Zeichen in jedem europäischen Lande vorhanden sind.

Das allmähliche Wachstum des internationalen Sozialismus eröffnet eine ausschierische Zukunftsperspektive. Die sprachlichen Scheidungen, die Reiseschwierigkeiten für Unbemittelte, die Verschiedenheiten der Methoden, der Bräuche und der Verhältnisse in den verschiedenen Ländern gestalten leider unvermeidlicherweise sein Wachstum zu einem nur langsamen. Alle Hemmungen jedoch werden durch das wachsende Selbstbewußtsein der Arbeiterschaft in allen Ländern wieder aufgehoben. Die dauernde Stärke der internationalen sozialistischen Bewegung, gleichviel, ob sie in einer einheitlichen Organisation vereinigt ist oder verschiedene Wege, doch immer mit dem nämlichen Ziele der sozialen Umwälzung, verfolgt, besteht darin, daß sie ein allgemeines Interesse und Verlangen vertritt. Sie steht einem wirklichen Interessengegensatz zwischen den Klassen und nicht zwischen den Völkern. Sie steht auf dem Standpunkte, daß die Arbeiterklassen der verschiedenen Länder im Gegensatz zu ihren Regierungen keine Ansprüche haben sollten, die miteinander unvereinbar wären; ihre wahrhaften Bedürfnisse können sämtlich miteinander in Harmonie gesetzt werden. Das ist die feste wirtschaftliche Grundlage, durch die der deutsche Genius eines Karl Marx den Utopismus früherer Sozialisten ersetzte. Sie gibt dem Internationalismus eine einfache und verständliche Basis.

Der internationale Sozialismus ist die einzige internationale Macht, die eine bestimmte praktische und allgemein bekannte Politik für die Behandlung der Zeitwirren hat. Er ist die einzige internationale Macht, die tatsächlich die nationalen Scheidungen überbrückt.

Doch wir müssen tiefer graben. Der Umschwung in den wirtschaftlichen und politischen Gestaltungen ist nur ein realer und wesentlicher, wenn er gleichzeitig mit einer geistigen Revolution stattfindet. Keiner von den beiden Teilen des Prozesses ist ohne den anderen vollkommen; die Ideen beeinflussen die äußeren Formen, aber ebenso wahr ist es auch, daß die äußeren Formen auf die Ideen einwirken. Von den beiden Arten des Umschwunges ist der auf dem Gebiete des geistigen Lebens der wesentlichere.

Wir wenden uns gewissen Rundgebungen des geistigen Lebens zu, die, so entrückt sie auf den ersten Blick auch den von uns bisher behandelten Gegenständen scheinbar sein mögen, und so gering der Pfad sein mag, in sie gegenwärtig noch in den Augen der Staatsmänner einsehen, darum nichtsdestoweniger in Wirklichkeit und auf die Länge der Zeit hoffnungsvoller und vielsprechender sind als jene ähernen Umgestaltungen, mit denen wir uns bisher beschäftigt haben. Wenn sie auch nichts weiter als geschrotetes Schlackstein und rauchender Pfachs sind, so wird sie der wahre Diener der Menschheit gleichwohl herausfinden und in Liebe und Treue hüten und bewahren. Der Menschengeist hat ein Leben voller Leidenschaften und Gedanken, das nicht zugrunde gehen kann. Es befeht im Strudel des Weltkrieges, der über ihm zusammenstürzt, unerschrockt, wenn nicht gar unerschütterlich fort und erhebt sich zu und da in bewußter Auflehnung gegen die Fallen und die Beschimpfungen, denen die Verhältnisse des Krieges es aussetzen. Solch eine Auflehnung ist auch jene, die zu den unerschütterlichen Verwahrungen im Namen der Jugend gegen die Herrschaft des Alters geführt hat. — Verwahrungen, die die ganze Jugendleiter leidenschaftlicher Erregung von geringfügigem Ignorismus bis zu härtester Entrüstung durchlaufen mühten.

Die Protestbewegung ist ganz von selbst und unabhängig voneinander aus den Herzen jener großer Nationen hervorgequollen, die die Hauptquellen europäischer Kultur bilden, Englands, Frankreichs und Deutschlands. In England hat sie einen sehr fruchtigen Ausdruck in der Presse und in der Dichtung gefunden. In Frankreich findet sie ihren plastischen Ausdruck in der Gruppe junger Künstler und Schriftsteller, die sich um solche Zeitschriften wie La Forge und La Clarté sammeln. In Deutschland hat sie in einer geradezu verwirrenden Mannigfaltigkeit von Organisationsformen und Gruppen Gestalt gewonnen, mit ihrem ganzen Apparat von Tagungszeitungen und Konferenzen. Im Grunde ist diese Bewegung eine Behauptung des Anspruches der Jugend auf Leben und Freiheit, das strenge Persönlichkeitsbewußtsein, das sich weigert, sich selbst als Kanonensutter anzusehen, wenn es durch irgend ein unvernünftiges Schicksal dazu verurteilt ist, den Wahn der Alten hüten zu müssen. Sie strebt, zu einer bewußten Anstrengung der Persönlichkeit zu werden, über ihre Beziehung zu Gesellschaft und Staat nachzudenken, die nunmehr belde von den Überlieferungen der Vergangenheit und den Vorurteilen der Gegenwart befreit sind. Es ist ihre Eigenart, keine anerkannten Fäden haben zu wollen. Sie schmeißt keinem Herrn und Gelehrten den Treueid. Aber sie schaut mit liebevoller Begeisterung zu jenen Männern des Gedankens auf, die sich auch während des Weltkrieges ihren Kopf bewahren. Männern wie Romain Rolland, Henri Barbusse, Friedrich Wilhelm Foerster, Bertrand Russell, Lewis Didjson, von denen keiner, wohlgemerkt, über die mittleren Jahre ist.

Vom Schlachtfeld der Arbeit

Berufsgenossenschaften gegen erhöhten Arbeiterschutz in der Holzindustrie

In einer der letzten Nummern der „Holzarbeiter-Zeitung“ wird die Aufmerksamkeit auf die außerordentliche Unfallgefahr gelenkt, von der die an den Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigten Arbeiter bedroht sind. In der vom Verbandsvorstand der Holzarbeiter im Jahre 1912 arrangierten Unfallkatastrophenausstellung wurde zum ersten Mal den der Holzindustrie fernstehenden Kreisen gezeigt, wie groß die Holzbearbeitungsmaschinen unter den Gliedmaßen der Holzarbeiter aufräumen. Diese Ausstellung wurde als Wanderausstellung in einer großen Anzahl von Orten vorgeführt und erreichte im Jahre 1913 auf der Internationalen Bauausstellung großes Aufsehen. Die Wirkung dieser Wanderausstellungen wurde noch unterstützt durch Lichtbildervorträge über den Unfallhazard.

Der Krieg machte dieser Propaganda in der bisherigen Form ein Ende, sie ruhte aber trotzdem nicht ganz. Wenngleich durch die Veranstaltungen des Verbandes weite Bevölkerungskreise aufmerksam wurden, ist doch eine unmittelbare Wirkung dieser Bestrebungen nur durch die Inanspruchnahme der maßgebenden Instanzen zu erzielen. Deshalb wurden schon vor dem Kriege Eingaben an den Reichstag und Bundesrat, an die einzelnen Landesregierungen sowie an die Berufsgenossenschaften und Gewerbeinspektionen gerichtet, die aber infolge des Krieges keinen Erfolg hatten. Eine nach dem Kriege an die Nationalversammlung gerichtete Eingabe hat jetzt endlich zur Folge, daß das Reichsarbeitsministerium durch eine Verordnung auf Grund des § 120 a der Gewerbeordnung der Unfallkatastrophe in der Holzindustrie entgegenzuwirken vermag.

Gegen diese Erfüllung einer dringenden Verpflichtung des Staates kämpfen nun die Unternehmer und besonders die Berufsgenossenschaften mit allen Mitteln. Die Berufsgenossenschaften berufen sich auf die von ihnen erlassenen Unfallverhütungsvorschriften und bestreiten sogar, daß die Unfallkatastrophe in der Holzindustrie besonders groß sei. Die „Holzarbeiter-Zeitung“ hält es deshalb für angebracht, einige Zahlen in Erinnerung zu bringen, die auf die große Unfallhäufigkeit in der Holzindustrie hinweisen. Danach kamen

Auf je 1000 Holzarbeiter entschädigte Unfälle:

	1914	1915	1916	1917	1918
Sächs. Holzberufsgenossenschaft	9,24	9,72	10,45	12,82	12,27
Norddeutsche	10,06	10,08	10,85	12,78	13,13
Bayrische	12,78	11,50	13,79	14,46	12,82
Süddeutsche	16,64	16,19	14,67	11,62	15,31
W.-G. d. Musikinstrument.-Ind.	7,22	6,88	6,44	8,92	12,24

Durchschnitt aller gewerblichen Berufsgenossenschaften 8,05 7,49 8,20 8,72 9,10

Die entschädigten Unfälle sind die, deren Folgen nach 18 Wochen noch nicht beseitigt waren, also die schweren Unfälle.

Die „Holzarbeiter-Zeitung“ bringt dann noch ausführliche Zahlen aus dem Verwaltungsbericht der Norddeutschen Berufsgenossenschaft des Jahres 1919, woraus zu entnehmen ist, daß an den Unfallgefahren die unzulängliche Durchführung der Revision der Betriebe die größte Schuld trägt. Nach diesem Bericht waren im Jahre 1919 nur 7 Aufsichtsbearbeiter tätig, die im Berichtsjahr nur 3,02 Prozent der Betriebe mit 18,77 Prozent der Arbeiter revidierten. Von diesen revidierten Betrieben wurden 52,63 Proz. in Ordnung befunden, also nahezu die Hälfte war nicht in Ordnung.

In den 4691 revidierten Betrieben wurden 6701 Anordnungen im Interesse der Unfallverhütung getroffen, darunter befanden sich recht ernste Beanstandungen, deren Durchführung den Berufsgenossenschaften obliegt, die für diesen Zweck sogar mit Strafgewalt ausgerüstet sind. Wie wenig die Berufsgenossenschaften ihrer Pflicht genügen, zeigt, daß insgesamt nur 345 Strafbefehle über 10 000 M. erlassen wurden, wobei noch in einigen Fällen die Strafe später erlassen oder ermäßigt wurde. Eine Krähle hat der andern eben die Augen nicht aus.

Die „Holzarbeiter-Zeitung“ sagt deshalb mit Recht, daß man angesichts solcher Zahlen nicht gut behaupten kann, daß der Schutz der Arbeiter vor Unfallkatastrophe in den Händen der Berufsgenossenschaften genügend gewahrt ist. Der Widerstand, den sie der geplanten Verordnung entgegensetzen, zeigt also nur von ihrem schlechten Gewissen. Es liegt deshalb in erster Linie an den unter die Verordnung fallenden Arbeitern selbst, rücksichtslos ihre Rechte gegenüber den Unternehmern wahrzunehmen.

Man sieht, der Kampf um sozialpolitische Maßnahmen ist auch nur ein Teil des allgemeinen Kampfes zwischen Kapital und Arbeit, den zu fördern vor allem Aufgabe aller in der Sozialpolitik und in den Gewerkschaften tätigen Genossen ist. Gegen die von

den Kapitalisten bestellte Art von Sozialpolitik müssen wir uns aufs härteste wenden. Sie ist nur von Profitinteressen diktiert, und geht nur so weit, daß die Unternehmer die Arbeiter nach wie vor uneingeschränkt als Werkzeuge für ihre Zwecke benutzen können. Erst mit der Vermittlung des Sozialismus wird die „soziale Frage“ gelöst sein. Bis dahin gilt es, durch Ausgestaltung der sozialen Gesetzgebung, durch Maßnahmen des Staates, den sozial schwächeren Gliedern der Gesellschaft erträgliche Arbeitsbedingungen zu schaffen.

Wie aus unserer Notiz „Die klagenden Hände“ im gewerkschaftlichen Teil der Sonntagsausgabe unseres Blattes hervorgeht, nimmt der Holzarbeiter-Verband seine Propaganda für den Arbeiterschutz in den Holzbearbeitungsfabriken wieder auf. Wir erinnern daran an dieser Stelle noch einmal an die Versammlung, die am Donnerstag, den 21. April, abends 6 1/2 Uhr, in den Andreasfelsen, Andreasstraße 21, stattfindet. Zahlreicher Besuch dieser Versammlung ist notwendig um für verbesserte Schutzbestimmungen zugunsten der in der Holzindustrie in schwerer Gefahr arbeitenden Klassen-genossen zu demonstrieren.

Mißstände im Reichsverfürsorgungsvesen

Die Klagen über umständliche und hinhaltende Behandlung der Rentenansprüche der Kriegsbeschädigten reihen sich ab. Seit einem Jahr ist das neue Verfürsorgengesetz in Kraft und noch immer wartet die Mehrzahl der Rentner auf die Erledigung ihrer Ansprüche. Die Anfragen der Beschädigten werden in einer Art und Weise erledigt, die lebhaft an den ältesten Verwaltungsschimmel des verfallenen Systems erinnert. Es herrscht eine Hin- und Herbewegung der Fälle unter den einzelnen zuständigen Stellen, die einfach empörend ist. So ist uns ein Fall bekannt, in dem sich ein Kriegsbeschädigter am 28. November und 28. Dezember v. J. an das Hauptverfürsorgungsamt wandte um Bewilligung seiner Rentenangelegenheit. Darauf erhielt er eine Karte am 5. Januar d. J., worin ihm mitgeteilt wurde, daß sein Schreiben an die hinterzulegenden Abteilung des Verfürsorgungsamts IV, Berlin, als „unzulänglich“ abgehängt worden sei. Darauf wandte sich der Betreffende am 24. März an diese Abteilung und erhielt den Bescheid, daß seine Schreiben vom 26. November und 28. Dezember 1920 und 24. März 1921 am 7. April an das Hauptverfürsorgungsamt „als unzulänglich“ weitergegeben worden seien.

Das ist eine unwürdige Komödie, bei der die ohnehin in schwerer Lage sich befindlichen Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen die Leittragenden sind. Wir erwarten, daß hierin Wandel geschaffen wird und daß in der Bearbeitung der Kriegsbeschädigtenachen menschlich und gerecht, und vor allem schnell, nicht aber bürokratisch gearbeitet wird. Die Kriegsbeschädigten sind keine „Sachen“, sondern lebendige Menschen, die sich durch ihre Opfer für die Allgemeinheit das unbedingte Recht auf schnellste Erledigung ihrer Ansprüche erworben haben.

Frankreich und Polen — die neuen Militärmächte Europas. Der englische Kriegsminister veröffentlicht in den „Parliamentary Papers“ eine Mitteilung über die Größe der Heere der Länder auf dem Kontinent. Danach habe Deutschland 50 000, Belgien 105 000, Bulgarien 33 000, die Tschechoslowakei 147 000, Dänemark 15 000, Finnland 35 000, Frankreich 808 652, Deutschland 1 000 000, Griechenland etwa 250 000, Ungarn 35 000, Italien 300 000, Holland 21 400, Norwegen 15 400, Polen etwa 600 000, Portugal 30 000, Rumänien 180 000, Spanien 190 715, Schweden 56 200, die Schweiz 200 000, der serbisch-kroatisch-slowenische Staat 200 000 Mann. Nach dieser Statistik verfügen Frankreich und Polen über die größten Heere.

Die amerikanisch-russischen Handelsbeziehungen. Auf eine Anfrage Samuel Compers anwortete der Staatssekretär Hughes, daß es wünschenswert sei, die Handelsbeziehungen mit Rußland in weitestgehender Nähe wieder aufzunehmen aber bei den gegenwärtigen russischen Zuständen vollkommen sinnlos für die Praxis. Hughes sprach die Erwartung aus, daß Rußland seinen Platz im wirtschaftlichen Leben der Welt wieder einnehmen werde.

Abnehmen der Teuerung in England. Amlich wird bekannt gegeben, daß die Lebenshaltungskosten am 1. April um 13,3 Prozent derjenigen von 1914 zurückgegangen sind, was eine Verminderung um 7 Prozent gegen den Vormonat bedeutet.

Die durch solche Namen vertretene Internationale des Gedankens spielte nur eine recht bescheidene Rolle, solange der Weltkrieg noch im Fortgang war. Doch es sind Zeichen vorhanden, daß die Welt der Wissenschaft und Kunst sich jetzt, wenn auch langsam, zu dem von solchen Männern eingenommenen Standpunkte fortbewegt.

Diese Männer machen eine bewußte Anstrengung, die Kräfte des Verstandes und der Humanität vermittels des Schriftedens und gesprochenen Wortes zu sammeln. Der Geist, so liegen sie, hat sich in dem Dienste eines engherzigen Rationalismus erschanden, während er doch in Wahrheit überhaupt nichts von Landesgrenzen wissen sollte. Er muß wiedergeboren. Er muß die selbstlose und unparteiliche Forschung nach Wahrheit wieder aufnehmen. Wahrheit aber ist nicht in einer höflichen Abgeschlossenheit zu finden. Sie ist zu einem rein praktischen Zwecke zu erstreben nämlich dem des Interesses für alle Humanität. Die Internationale des Gedankens hat die Pflicht die Idee menschlicher Freiheit auf dem geistigen und sittlichen Schlachtfeld zu verteidigen.

Es ist von großer Bedeutung, daß die Klarheit und Bewußtheit der Darstellung — und immer wieder erneute Darstellung — dieser schwungvollen Auffassung aus Frankreich gekommen ist, jenem Frankreich, das in der modernen Welt die erhabenste Begründerin von Ideen, die geistige Mutter Europas geworden ist. Romain Rolland gab dem zu Anfang des Weltkrieges in seinem epochalen Bändchen *Au-dessus de la Mêlée* (Über dem Gemälde) Ausdruck. Henri Barbusse, der später Rollands Spuren folgte, ist sogar vielleicht ein noch spitzerer Vertreter seiner Zeit. Er machte persönlich in den Schützengräben Dienst und gab in seinem packenden Roman *Le Feu* (Das Feuer) eine malerische Darstellung von jenen unheimlich häßlichen und gespensterhaften Realitäten, die er hatte sehen müssen. In seinen Keitellen und Manifesten und vor allem in seinem kürzlich erschienenen Roman *Clarté* (Erleuchtung), sehen wir, wie der französische Geist etwas in sich vereintigt und in ein System bringt, was auf andere Weise vielleicht nur ein ganzes Bündel unbestimmter Bestrebungen gewesen wäre. „Die Jugend ist wahre Nacht!“ sagt Barbusse, „aber sie verfügt zu jellen über Erkenntnis und Klarheit!“

Barbusse glaubt nicht an eine von außen kommende Offenbarung, wohl aber glaubt er, daß die Wahrheit im Herzen des Menschen wohnt, daß das Leben heilig und das Sittengesetz was selbstverständliches ist. Er tritt kräftig für den freien Willen der Persönlichkeit und ihre Verantwortlichkeit für das Leben der Gesellschaft ein. Ein Künstler, der sich abseits von den Interessen und Rücksichten der großen Masse — des aus den sämtlichen einzelnen Volksgenossen gebildeten Volkes — hält, ist nicht mehr ein wahrer Künstler. Ein wahrer Künstler muß sich an die lebenden Massen wenden, sie zu ermutigen, zu belehren, zu verteidigen und zu einen“. Er muß Anteil nehmen an dem großen Kampfe der Ideen, der den künftlichen sozialen wie auch nationalen Kämpfen zugrunde liegt. Ein Triumph der Vernunft und der Humanität ist möglich. Gerade wie das menschliche Denken den Fortschritt hervorgebracht hat, den wir bisher erreicht haben, gerade so vermag auch das menschliche Denken den Krieg zu beenden und die schöpferische Gesellschaft der Zukunft aufzubauen.

Diese Sammlung der europäischen Denker und Künstler wird voraussichtlich die zwar langsame, aber sichere Wirkung haben, die ältere Auffassung der Vaterlandsliebe zu unterwählen, jene ererbten „Amenstimmen“, die in unserem Innern aus dem Unterbewußtsein unserer Rassenenerminderungen aufsteigen, in Verrut zu bringen und unsere Gräuel über die Wirklichkeiten und die Möglichkeiten in den Brennpunkt unseres Nachdenkens zu stellen. Das bedeutet, immer mehr diejenigen zum Erden bringen und bis in ihre tiefsten Seelen beschämen, die (wenn sie auch nur eine zahlenmäßige Minderheit bilden und auch nur untergeordnete Stellungen ausfüllen) durch ihre geistige Stärke und Unabhängigkeit dazu bestimmt sind, die Ereignisse der Zukunft über ein, ja zwei Jahrzehnte hinaus zu beeinflussen, — wir meinen die Journalisten, die Lehrer und die Schriftsteller des emporsteigenden neuen Geschlechts.

Die neue Nummer der „Avien Welt“, die der „Freiheit“ morgen, Donnerstag früh, beiliegen wird, enthält folgende Beiträge: *Emile Zola: Die stiefelwischende Madonna. — Karl Rautsky: Agrarrevolution in Georgien. — Dr. Richard Böhme: Der Orient in unserer Muttersprache. — Gaudy: Die Hausführung. — Wirtschaft und Technik: Tief- und Hochseiler. — Winks für die Hausfrau.*

Die Knosperristen der Bergmann-Werke, Kohnthal, veranlassen Freitag einen Kundend in den Germania-Sälen, Chausseel. — *Wilmittschen: Ernst Friedrich, Klaus Neumann, Arbeiterführer. — Kollnerjunge: 7 Uhr, Sonntag 8 Uhr, Karten 3 Mark bei den Knosperristen, in der Arbeiter-Rath-Haus, Veltersburger Str. 20, und an der Kohnthal.*

Vorträge. *Über „Proletarische Kunst“ spricht der Arbeiter-Maler Otto Kugel Donnerstag 7 Uhr in der Arbeiter-Rath-Haus, Kohnthal, Veltersburger Str. 20. — Der Deutsche Konfessionsbund beschließt Freitag 7 Uhr einen öffentlichen Vortrag im Werner-Siemens-Kongresssaal, Kohnthalstr. 47, von Dr. Rab. Kohnthal: „Kann der Sozialismus sich überleben?“ — Dr. Pauline Stücker spricht Freitag 7 Uhr (Vortragsaal des Rathhauses) über die „Ergebnisse der Internationalen Konferenz der Sozialisten in Brüssel“ und den Internationalen Antimilitaristischen Kongress in Haag.*

Klein-Mitteilungen. *Kilfer Rott und Paul Wegener wurden in die Filmprüfungsliste berufen. — Kilfer Wegener wird auf einen Zeitraum durch die Tschechoslowakei Strindbergs Preisnennungsliste registriert.*

Groß-Berlin

Die „Los von Berlin“-Bewegung in Spandau

In einer internen Besprechung nahm am Freitag der Ausschuss der vereinigten Bezirksvereine Stellung zu der gegenwärtigen von den bisherigen leitenden Personen der Randgemeinden Berlin im Westen und Osten entworfenen „Los von Berlin“-Bewegung. Der ehemalige Oberbürgermeister, Geheimrat Reg. Rat Koelke, hatte das Referat dazu übernommen. Daß dieser Referent alles das heranzieht, was ihm nicht in den Kram paßt, um so die Nachteile den Vorteilen gegenüber in den Vordergrund treten zu lassen, braucht kaum erwähnt zu werden. Die Hauptrolle an diesem Abend spielte, wie nicht anders zu erwarten, der erste Dralhtzieher der „Los von Berlin“-Bewegung, Landtagsabgeordneter Justizrat Lüdicke (D. N.), der bekanntlich auch Mitglied der Berliner Stadtverordnetenversammlung ist. Ihm hat es die Finanzwirtschaft angetan. Er wies u. a. darauf hin, daß rund 1,06 Milliarden M. zum Ausgleich des Staats fehlen. Die Finanzwirtschaft sei nur auf die Wünsche der Straße eingestellt. Nicht verschmerzen kann er das Ergebnis von Spitz. Oberbürgermeister Koch bewilligte den Arbeitern, die an dem Beiräte teilnehmen wollten, Urlaub mit Bezahlung. Der Stadtverordnetenvorsitzer Dr. Neol verlangte, daß die Arbeiter aus Realismus auf die Weiterzahlung des Lohnes verzichten sollten. Die Arbeiter entschieden sich natürlich für den Vorschlag Koch, was für die Stadt eine Million Mark Verlust bedeutete. Die Lage sei gewiß schwierig. Die Deutschen nationalen hätten im Landtag deshalb keinen genau festgelegten Antrag eingebracht; sie verlangen allgemein, daß die Zentralgewalt der Einheitsgemeinde beschränkt werde und daß man den räumlichen Umfang prüfe.

Der jetzige Oberbürgermeister Dr. Woelke, wies auf den gegenwärtig sehr schlecht arbeitenden Verwaltungsapparat, der für Berlin als auch für Spandau ein unhaltbarer Zustand sei, hin. Interessant ist in seinen Ausführungen nach der „Sp. It.“ folgendes: Es ist schwer von Berlin los zu kommen. Spandau könne die Elemente nicht miffen. Die Reichswerte wäßen einen immer schlechter werdenden Beschäftigungsgrad auf. Auch in postlicher Beziehung beständen Bedenken: In Berlin zeigte sich bei den letzten Landtagswahlen eine bürgerliche Mehrheit, in Spandau nicht. In Spandau sei die Zusammensetzung der Körperschaften viel schlimmer wie im übrigen Berlin. Die Spandauer Mehrheitssozialisten seien direkt außer der Reihe. Bis zum Rapp-Bußich konnte man noch ruhig arbeiten, seitdem nicht mehr. Wenn man die Gewähr hätte, daß die Reichswerte in private Hände übergingen, so daß endlich einmal alle Schornsteine dort rauchen, und daß Spandau die Elementenwerte behält, dann könnte Spandau wieder selbständig werden.

Folgende Entschlüsse gelangte zur Annahme: Die am 15. 4. 21 verammelten Vertreter der Bezirksvereine der Stadt Spandau (Bezirk 8 der neuen Gemeinde Berlin) haben die Ueberzeugung, daß das Gesetz über die Bildung einer neuen Stadtgemeinde Berlin vom 27. 4. 20 in seiner jetzigen Gestaltung nicht aufrechterhalten werden kann und daß insbesondere das Spandauer Gemeinwesen nur dann einer weiteren Entwicklung, für die sonst alle Bedingungen vorhanden sind, entgegengeführt werden kann, wenn ihm seine volle Selbständigkeit wiedergegeben wird.

Die vereinigten Bezirksvereine richten daher an den Preussischen Landtag die Bitte, bei der Staatsregierung vorstellig zu werden, daß das Gesetz vom 27. 4. 20 dahin geändert wird, daß die frühere Stadt Spandau ihre Selbständigkeit wieder erlangt.

Zweifellos sieht das gegenwärtige Stadtoberhaupt die Lage mit viel größerer Sachkenntnis an, als sein Vorgänger, so gerne er die Selbständigkeit der Stadt Spandau wieder hergestellt sehen möchte, vorerkennt er nicht die ungeheuren Schwierigkeiten, die daraus entstehen. Man sieht aber, auch wieder, daß diese „unpolitischen“ Herren nicht umhin können, immer wieder das politische Moment zu gebrauchen, um mit ihrer eventl. politischen Stärke Sieger zu bleiben. Den Reichsozialisten geschieht hier ganz recht, vor dem Rapp-Bußich waren sie mit Haut und Haaren dem Bürgerium verläßlich und ihre Politik hat es dazu gebracht, daß auch hier die zwei Drittel sozialistische Mehrheit fortgedauert wurde. Es ist nicht falsch, daß am Verwaltungsapparat nicht alles klappt, aber ein guter Verwaltungsbeamter weiß auch, daß beim Aufschieben sowie Umstellen eines solchen Gemeinwekens nicht alles aus dem Handelen geschüttelt wird. Auch ist dem Oberbürgermeister Dr. Woelke nicht unbekannt, wieviele Schwierigkeiten dem Groß-Berlin gemacht werden.

Es wäre unendlich gewiesen, daß in der betreffenden Versammlung dem Dralhtzieher Lüdicke einmal gesagt worden wäre, daß er nicht dauernd Sabotage an Berlin üben soll. Dieser Mann sammert um die Finanzen, und dabei ist er so samt seiner Partei, die immer wieder die irdenlichstlichen Schwierigkeiten erkennen, zum Schaben der Berliner Finanzen.

Eigenartig mutet das Auftreten all dieser Herren an, wenn sie in einem kleinen Konventikel von Vertretern der Angst an Bedeutung verlorenen Bezirksvereine, ihre Ansicht sagen, statt in öffentlichen Versammlungen die Meinung der Bürgerchaft zu hören. Aber mögen sie noch so sehr nach der alten Selbständigkeit schreien, sie werden sich selber rufen, aber Berlin wird in seiner geographischen Zusammensetzung bleiben, zum Wohle der Allgemeinheit.

Ringbahnbanditen

Der Ueberwachungsabteilung der Eisenbahndirektion Berlin ist es gelungen, eine größere Bande gewerbdmähiger Güterdiebe unschädlich zu machen, die seit Jahren die Güterzüge vornehmlich auf dem Nordring planmäßig braubten und durch ihre Tätigkeit einen in die Millionen gehenden Schaden angerichtet hat. Eisenbahnbeamte hatten in der Nacht zum 12. April unter der Eisenbahnbrücke über die Panke sieben Köpfe mit Leder sowie einen Ballen leere Eide und mehrere Rollen Kupferdraht gefunden. Ein Schreiben, das offenbar einer der Täter verloren hatte, führte auf die Spur der Diebe. Das Schreiben war von der Erwerbslosenfürsorge an einen gewissen Rent gerichtet. Beobachtungen errieten, daß Rent mit zwei Brüdern Lamm, einem Arbeiter Dobcinski, Johannes Abel, Alfred Jander, einem gewissen Krotz und dem Arbeiter Karl Lüdicke alle zurzeit erwerbslos, in Verbindung stand. Das Material gegen diese Personen war so belastend, daß endlich die ganze Bande verhaftet wurde. Einige Mitglieder der Bande waren auf einem ihrer Neublüge mit Ueberwachungsbeamten zusammengefallen, wobei es auch zu einer Schießerei kam, ohne daß es damals den Beamten gelang, die fliehenden Täter zu stellen. Sämtliche Beteiligten sind in das Postgeprüfamt übergeführt worden.

Der 12. Verwaltungsbezirk (Steglich, Pantwih, Vickerfelde) hielt am Montag, den 15. d. Mts., eine öffentliche Bezirksversammlung im Rathaus Steglich ab. Da unter Bezirk eine bürgerliche Mehrheit hat, konnte es sich der Vorherrschaft Schwarz nicht verweigern, der vorhergehenden Erklärung eine Gedächtnisrede zu halten. Die Linke verließ geschlossen den Saal. Wir hatten einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, in welchem das Bezirksamt ersucht wird, Schusslerien am Tage der Besetzung der Gallerien zu verbieten. Von bürgerlicher Seite wurde gegen die Dringlichkeit Einspruch erhoben. Das Bezirksamt hatte eine Vorlage zur Bildung der Deputationen vorgelegt, in denen bis sechs Bürgerdeputierte vorgesehen waren. Die Bürgerlichen beantragten, die Bürgerdeputierten gleichmäßig auf drei herabzusetzen. Trotz des Protestes von unserer Seite und der C. R. D. wurde dieser Antrag angenommen. Dadurch wird es nicht unmöglich gemacht, Bürgerdeputierte der Arbeiterchaft in die Ratschüsse zu wählen. Der Elternrat der 7. Gemeindefchule hatte eine Entschlüsse eingeleitet, in welcher das Bezirksamt ersucht

